Europa nach dem Frieden.

Phantasien eines Belgiers.

In der in London erscheinenden ‚L'Indépendance Belge' schreibt der belgische Anwalt Paul du Chaine u. a.:

Preußen und seine Militärmacht ist einzig und allein aufgebaut auf der Eroberung, man muß ihm daher seine Eroberungen wieder nehmen und es auf den Platz weisen, den es einstmals in Deutschland gehabt hat. Schleswig-Holstein muß an Dänemark fallen, Elsaß-Lothringen an Frankreich, Polen muß in der Ausdehnung von 1772 wiederhergestellt werden. Das ist einfach, aber was soll nun mit dem Deutschen Reich werden? Was soll aus Hannover, Nassau, Frankfurt werden? Die Errichtung des Herzogtums Nassau könnte eine gute Abfindung für die großherzogliche Familie von Luxemburg ergeben, dieses selbst müßte durch Volksabstimmung an Belgien fallen.

Die partikularistischen Bestrebungen in Sachsen, Bayern und Württemberg müssen durch die Verbandsmächte in ihrem Interesse ausgenutzt werden. Was soll aus Hannover werden? Der legitime Erbe ist der Herzog von Braunschweig; er ist durch Heirat Hollenzoller geworden und wird die Krone seiner Väter nicht annehmen wollen.

Preußen wird in zwei Teile zerfallen; die Osthälfte Brandenburg und Pommern wird allein preußisch bleiben, die Westhälfte könnte einen selbständigen Staat bilden, in nahen Beziehungen zu Belgien.

Es muß für eine völlige Trennung Österreichs und Deutschlands auf jeden Fall gesorgt werden. Das militärische und politische Band, durch welches Preußen die zahlreichen deutschen Staaten beherrscht, muß zerrissen werden. Diese Trennung wird durch Waffengewalt den preußischen Bevollmächtigten auferlegt werden, das heißt den wirklichen Vertretern des preußischen Volkes; mit den Hohenzollern werden die Verbandsmächte sich weigern zu verhandeln. Zwar hat im allgemeinen jedes Volk das Recht, seine inneren Verhältnisse selbst zu ordnen, Deutschland hat aber durch sein Verhalten in den letzten zwei Jahren dieses Recht verwirkt. Die wirtschaftlichen Vorteile der Zerstückelung Deutschlands werden für die Verbandsmächte sehr groß sein. Die industrielle und auch militärische Kraft Preußens beruht auf Rheinland und Westfalen, ohne diese ist es ein Ackerbaustaat. Die Errichtung eines Pufferstaates aus diesen Provinzen schwächt also Preußen aufs äußerste und schafft durch geeignete Zollverhältnisse das notwendige Hinterland für Antwerpen. Basel, Straßburg, Ludwigshafen, Mannheim, Mainz und Köln werden in Zukunft nur Filialen von Antwerpen sein, dies wird Belgiens Entschädigung sein.

Nach Abtrennung der slawischen und lateinischen Bestandteile ist allerdings die Gefahr der Erstarkung Österreichs als deutscher Staat nicht ganz gering, man muß es von Deutschland trennen. Rumänien wird den Banat und Siebenbürgen erhalten. Galizien kommt zu Polen, Trentino und Istrien kommen zu Italien. Gleicherweise wird es die Balkanprovinzen, die vollkommen serbisch sind, verlieren. Kroatien mit Slawonien wird ein Königreich Illyrien unter Habsburgs Zepter bilden. Ungarn bleibt mit Österreich zusammen, denn gesondert können beide Reiche nicht bestehen, nur mit den deutschen Staaten darf kein Bund bestehen. Die Balkanfrage ist besonders schwierig. Wie wird sich Bulgarien weiter verhalten? Das ist ganz unsicher. Alle Balkanvölker fordern die Verwirklichung ihrer nationalen Ideale. Aber an keinem Punkt widersprechen sich die Forderungen so wie hier. Jedes Prophezeien ist daher gefährlich.

Serbien und Montenegro müssen ihre Vergrößerung in Bosnien und der Herzegowina finden. Serbien erhält einen Hafen, Montenegro Skutari. Ganz schwierig ist es mit Albanien, das einfachste wäre eine Teilung zwischen Serbien und Griechenland, dem steht aber die bedenkliche Haltung Griechenlands entgegen und die Tätigkeit der albanischen Truppen unter Essad Pascha in Saloniki, die nationale Forderungen erheben.

Der Rest der Türkei scheint Rußland versprochen zu sein, es scheint allerdings nur so. Rußland wird das Anwachsen der Balkanstaaten nicht mit besonderer Freude sehen; wenn es Konstantinopel nicht erhält, muß dieses den Türken bleiben oder eine neutrale, offene Stadt werden.

Man sieht, ganz klar ist sich Herr du Chaine noch nicht über die Verteilungspläne — er wird sich den Kopf nicht weiter zu zerbrechen brauchen. Seine Phantasien werden niemals Wirklichkeit.

Deutscher Reichstag.

(Orig.-Bericht.) Berlin, 13. Oktober.

Der Reichstag befaßte sich am Donnerstag mit den Mißständen auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung. Anlaß dazu boten Interpellationen der Konservativen, Sozialdemokraten, Fortschrittler und des Zentrums.

Die konservative Anfrage begründete Abg. Schiele (kons.), der insbesondere darauf hinwies, daß die Kartoffelernte zum größten Teile noch in der Erde stecke; sie ist um 14 Tage zurückgeblieben. Hauptschuld daran trage der Arbeitermangel. Leider haben Generalkommandos die Zuweisung von Gefangenen verweigert, weil sie für die Erntebezirke nicht zuständig waren. Eine Beurlaubung der Inhaber kleiner und mittlerer Betriebe aus dem Felde sei unbedingt notwendig. Leider müsse auf die

Regelung der Kartoffelpreise

als unglücklich und ungerecht bezeichnet werden. Auch die Aushebung von Pferden wirke schädlich; die Behauptung, daß Landwirte Kartoffeln zurückhalten, müsse zurückgewiesen werden.

Abg. Sachse (Soz.) warf dem Kriegsernährungsamt vor, daß es viel zu hohe Höchstpreise geduldet habe. Wenn die Arbeiter in den Industriebezirken weiter notleiden, werde auch die Munitionserzeugung gefährdet. Hier müsse das Kriegsernährungsamt fest zugreifen.

Auch der Abg. Hoff (Vp.) fordert Eingreifen des K. E. A. Die vorjährige Kartoffelknappheit mußte eine Warnung für dieses Jahr in sich schließen. Die Deckung des jetzigen Kartoffelbedarfs werde die Generalprobe des Kriegsernährungsamtes sein. Es komme vor allem darauf an, Kartoffeln für die menschliche Ernährung zu erhalten; die Verfütterung an das Vieh müsse eingeschränkt werden. Hoffentlich greife das K. E. A. bald und gründlich ein.

Abg. Schiffer-Borken (Ztr.) begründete die Interpellation des Zentrums und forderte ebenfalls entsprechende Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes, betonte aber die großen Leistungen der Landwirtschaft während des Krieges. Jetzt tue schnelle Hilfe not.

Die Interpellationen beantwortete

Präsident v. Batocki.

Er bezeichnete die Beunruhigung über die Kartoffelnot als sehr begreiflich, aber die Landwirtschaft könne infolge des Arbeiter- und Pferdemangels nicht mehr leisten; ungünstige Witterung trug das ihre dazu bei, um die Mißstände zu vergrößern. Alle nötigen Maßnahmen zur Deckung des Bedarfs sind bzw. werden getroffen. Der Präsident gab eine Darstellung der ganzen Frage während des Krieges und bezeichnete eine genaue Schätzung der Ernte als unmöglich. Er selbst glaube nicht an die vorjährige Ernte von 54 Millionen Tonnen. Alle Zahlen müsse man mit großem Vorbehalte aufnehmen. Der Auffassung von einer guten diesjährigen Ernte trat der Präsident entgegen, ja, er warnte sogar davor, von einem Überfluß zu sprechen. Ein genauer Wirtschaftsplan für Brotgetreide könne jetzt noch nicht gegeben werden; von seiner Gestaltung hänge der Zusatz von Kartoffeln zum Brot ab. Sicher sei, daß der größte Teil der Kartoffeln zur menschlichen Ernährung sichergestellt werde. Die Brennereifrage liege jetzt ganz anders wie im Frieden. Was jetzt gebrannt werde, diene nur dem Heeresbedarf; Schnaps werde überhaupt nicht mehr hergestellt. Bei der

Kartoffelverteilung

müsse zwischen Schwerarbeitenden und dem übrigen Teile der Bevölkerung unterschieden werden; eine gleichmäßige Verteilung sei nicht möglich. Die jetzige Stockung liege nur an der schwierigen Bergung der Ernte. Gefangene werden überall zur Verfügung gestellt; das Kriegsministerium habe die erforderlichen Maßnahmen getroffen. Eine Enteignung der Kartoffel könne nur da eintreten, wo die Ernte nicht mehr in der Erde stecke. Bei Zurückhaltung werde rücksichtslos eingegriffen. An gutem Willen fehle es im Kriegsernährungsamt nicht, der Präsident könne aber nicht für alles verantwortlich gemacht werden. Alles Mögliche, um eine gute Kartoffelversorgung zu gewährleisten, solle geschehen. Haben wir das Notjahr 1915 überstanden, so werden wir auch das Jahr 1916 überstehen.

Ein Antrag auf Besprechung der Interpellation wurde angenommen.

Der Reichstag erledigte am Freitag zunächst eine Reihe kleiner Anfragen, unter denen die des Abg. Bassermann (natl.) über die

Kriegslage in Deutsch-Ostafrika

eine Rede des Kolonialstaatssekretärs Dr. Solf brachte, der das Haus mit lebhaftem Interesse folgte. Dr. Solf schilderte den Verlauf der Kämpfe gegen eine Übermacht feindlicher, aus Engländern, Südafrikanerin, Portugiesen und Belgiern bestehender Streitkräfte, die den größten Teil eroberten. Ein ansehnlicher Teil werde aber von der Schutztruppe noch gehalten, die weiter tatkräftigen Widerstand leisten werde. Die Ruhe unter den Eingeborenen sei nicht gestört worden; auch die Kopfsteuer sei voll eingegangen. Dank der Tapferkeit der gesamten Schutztruppe unter der Führung von Lettow-Vorbeck habe der Feind die baldige Eroberung der ganzen Kolonie nicht erreicht.

Eine weitere Anfrage nach der Einberufung des Ausschusses zur Prüfung von Kriegslieferungen beantwortete Ministerialdirektor Dr. Lewald dahin, daß Verhandlungen darüber im Gange seien. Über die Kriegsprimaner gab Dr. Lewald zur Antwort, daß eine gleichmäßige Behandlung der für das Vaterland kämpfenden Schüler in allen Bundesstaaten herbeigeführt werden solle und werde.

Abg. Stadthagen (soz. Arbg.) fragte nach den Gründen, die zum Verbot des ‚Vorwärts' vom 8. d. Mts. geführt haben.

Dr. Lewald führte aus, daß der Aufsatz „Aus der Hexenküche der Kanzlerfronde" wegen seiner gegen den Burgfrieden in schärfster Form verstoßenden Angriffe Anlaß zum Verbot gegeben, ja die Zensurmaßregel geradezu herausgefordert habe.

Darauf setzte das Haus die

Besprechung der Kartoffelinterpellationen

fort.

Abg. Ickler (natl.) hoffte von der gestrigen Erklärung des Präsidenten v. Batocki, daß die Preise unter keinen Umständen erhöht werden sollen, eine beruhigende Wirkung. Versage jetzt das Kriegsernährungsamt, dann sei das Urteil über dasselbe gesprochen.

Abg. Wurm (soz. Arbg.) schob die Schuld an der Kartoffelnot den „Agrariern" zu und meinte, die Landwirte leisten den Verordnungen gegenüber direkten Widerstand. Vor allem sollte der Preispolitik der Spirituszentrale entgegengewirkt werden. Um den Produktionszwang für die Landwirtschaft komme man nicht herum.

In der weiteren Erörterung nahm noch einmal

Präsident von Batocki

das Wort und erklärte, daß die Frühkartoffelzeit für ihn eine Zeit schwerster Angst und Sorge war. Schlechtes Wetter und Störung der Zufuhr haben alle Vorbereitung über den Haufen geworfen. Immer wieder müsse trotz aller Vorkehrungen mit Mißerfolgen gerechnet werden. Die Behauptuug, daß bei der Preisfrage agrarische Einflüsse maßgebend gewesen seien, wies v. Batocki entschieden zurück. An den jetzigen Preisen werde nicht gerüttelt werden. Wäre die vielerorts ungünstige Ernte vorauszusehen gewesen — wer weiß, ob nicht ein noch höherer Preis festgesetzt worden wäre. Die Brennereipreise seien Sache der Heeresverwaltung, so daß das K. E. A. nicht eingreifen könne. Auf die Trockenkartoffel als Brotstreckungsmittel könne nicht verzichtet werden. Der Präsident bat, ihn nicht für alles Mögliche verantwortlich zu machen. Wenn die Bevölkerung in Stadt und Land weiter so arbeite, dann werde auch sein Werk gelingen.

An der weiteren Erörterung beteiligten sich noch die Abgg. Hüttmann (soz.), Heimann (natl.), Kiel (Vp.), Arnstadt (ltp.) u. a. Auch Präsident v. Batocki nahm noch einmal das Wort, um einige Richtigstellungen zu geben.

Nach sechsstündiger Dauer schloß die Aussprache.

Das Haus vertagte sich auf Donnerstag, 26. Oktober.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Nach den jetzt vorliegenden genaueren Angaben der Zeichnungs- und Vermittlungsstellen hat sich das Gesamtergebnis der fünften Kriegsanleihe auf **10 651 726 200 Mark** erhöht. Dazu kommen noch die ausstehenden Feldzeichnungen, sowie die Zeichnungen aus Übersee. Die neue Kriegsanleihe stellt also einen vollen Erfolg dar, der um so höher gewertet werden muß, als alle unsere Gegner mit Anleiheschwierigkeiten zu kämpfen haben.

* Für die Zwecke der Reichswohnungsfürsorge sind seit 1901 insgesamt 62 Millionen Mark bereitgestellt worden; sie wurden hauptsächlich verwandt worden zur Ausleihung an gemeinnützige Baugenossenschaften, zur Herstellung preiswürdiger Wohnungen für gering besoldete Reichsbeamte und -arbeiter sowie zum Ankauf von Gelände für Erbbauzwecke. Die bei Beginn des Krieges vermuteten Befürchtungen, daß die gemeinnützigen Baugenossenschaften erschüttert werden könnten, sind nicht eingetreten. Alle 162 Baugenossenschaften, für welche vom Reichsamt des Innern Unterstützungen gewährt wurden, sind bis auf zwei in Ostpreußen ohne Schwierigkeiten durch den Krieg gekommen.

Österreich-Ungarn.

* Im österreichischen Ministerium des Innern ist ein Ernährungsamt errichtet worden. Die wichtigste Aufgabe des neuen Amtes muß die Heranschaffung und Verteilung der zur menschlichen Ernährung geeigneten Artikel sowie die Überwachung der Preisgestaltung sein.

England.

* Im Unterhause hat Ministerpräsident Asquith eine Übersicht über die Kriegslage gegeben, die er natürlich in rosigem Lichte sah. Hinsichtlich der Kriegsziele sagte er: Es darf nicht sein, daß dieser Krieg mit einem von unserem Willen abhängigen entehrenden Kompromiß, mit einem Flickwerk endet, das hinter der Maske eines sogenannten Friedens verbirgt. Die Ziele der Verbündeten sind wohl bekannt: sie sind nicht selbstsüchtig oder rachsüchtig, aber sie fordern angemessene Genugtuung für die Vergangenheit und Sicherheit für die Zukunft. — Ein wenig kleinlaut ist Asquith doch schon geworden, vom Zerschmettern spricht er nicht mehr.

Griechenland.

* Wenn man den Vierverbandsmeldungen glauben darf, so wird sich das Schicksal Griechenlands nun erfüllen. In einem Ultimatum, das die griechische Regierung angeblich angenommen hat, hat der Vierverband die Auslieferung der Flotte verlangt. Allerdings ist den Herren vom Vierverband nicht ganz wohl, denn Rußland und Italien betrachten das griechische Problem weniger anders als England und Frankreich. Außerdem fürchtet der Zar, daß Venizelos in seinem Kampf gegen den König Konstantin und die Dynastie viel zu weit geht, da ihm der Sturz der Dynastie und die etwaige Ausrufung einer venizelistischen Republik völlig unerwartet wären. Der Zar hat deshalb den englisch-französischen Drahtziehern in Athen den Rat erteilt, die Sache nicht zu weit zu treiben und sich insbesondere von jeder persönlichen Belästigung des Königs fernzuhalten.

Ich will.

12] Roman von H. Courths-Mahler.

(Fortsetzung.)

„Liebe — Gute — wie ich dir danke für deine Liebe. Aber annehmen kann ich das nicht, das hieße Eure Güte mißbrauchen. Und dann — wer weiß, wie lange du noch in der Waldburg bleibst. Eines Tages wirst du dich verheiraten."

„Dann wäre es doppelt gut, wenn du bei Papa und Tante Josephine bleiben könntest."

„Nein, nein, liebe teure Renate. Führe mich nicht in Versuchung. Ich bin ja so gern in der Waldburg. Du weißt nicht, was mir diese Wochen bei Euch jedesmal sind. Aber eines Tages würde ich Euch aus dem einen oder anderen Grunde lästig sein. Und dann müßte ich wieder in mein altes Leben zurückkehren. Das ist mir schon nach jedem Besuche bei Euch wie ein Untertauchen in ein graues, trostloses Schattenreich."

„Das ist ja Torheit, Urselchen. Niemand wird dich zwingen, zurückzukehren. Und ganz sicher werde ich dich nun täglich in Versuchung führen, bis du deinen Widerstand aufgibst. Vorläufig bleibst du ganz bestimmt hier. Weihnacht mußt du mit uns verleben. Im Winter ist es ohnedies so still bei uns — ich kann dich gar nicht entbehren. Inzwischen verlobt sich dann vielleicht dein Bruder. Dann kannst du ja dein Altjungfernstübchen in der Waldburg aufschlagen. Oben in deinem Eckturm, wo du jetzt schon hausst. Was meinst du dazu?"

„Daß du ein lieber, guter Mensch bist, Renate, und daß ich jetzt vor Rührung laut weinen könnte."

„Ach, du kleine, sentimentale Närrin. Mein Plan entspringt nur egoistischen Motiven. Erstensmal profitieren wir von deiner Gesellschaft und zweitens wirst du dann unser Renommiergast. Wenn sich dann jemand unsere Waldburg ansieht, an der alles so glänzend neu und bürgerlich ist, dann führe ich die Leute vor dein Turmstübchen und sage: „Hier, meine verehrten Herrschaften, wohnt Ursula, Reichsfreiin von Ranzow, mit ihren sechzehn waschechten Ahnen, die sie in einer dunklen Stunde ihres Lebens das Stück für tausend Mark verkaufen wollte. Zur Strafe für dies flugwürdige Vergehen ist sie verdammt, bis an das Ende ihrer Tage diesem bürgerlichen Haus einen feudalen Nimbus zu geben. Beten Sie ein Vaterunser für ihre arme Seele." Du sollst sehen, das macht kolossalen Eindruck."

Ursula lachte, aber die Tränen der Rührung fielen dabei über ihre Wangen. Renate zog sie an sich und küßte sie herzlich. — —

Im Laufe des Vormittags wurden viele Blumenspenden für Renate abgegeben. Von dem bescheidensten Bukett bis zu einer Zusammensetzung aus Lilien und weißen Riesen-Chrysanthemen waren verschiedene Abstufungen vertreten. Herzliches Bedauern über ihren Unfall und ebensolche Wünsche baldiger Wiederherstellung waren auf den begleitenden Karten ausgedrückt.

Die Gräfin Frankenstein kam selbst herüber und erzählte ausführlich, wie niedergeschlagen Dolf gewesen sei über den Unfall und wie bleich er vor lauter Sorge und Unruhe noch heute aussähe.

„Kindchen, Sie glauben nicht, wie außer sich mein armer Dolf über den Unfall war. Ich mußte unbedingt gleich herüberfahren, um nach Ihnen zu sehen," sagte sie zum Schluß.

Renate war das sehr unangenehm. Sie erklärte ziemlich kühl, daß der kleine Unfall ganz belanglos sei. Als die Gräfin sich nach langer Zeit endlich entfernte, atmete sie wie erlöst auf.

„Das ist auf die Dauer unerträglich," rief sie ärgerlich.

Tante Josephine suchte sie zu beruhigen.

„Aber Kind, wenn dich Graf Dolf nun einmal so sehr liebt. Er hat keine ruhige Stunde mehr, die Gräfin vertraute mir alles an."

Renate lächelte bitter. Sie wußte, das Tante Josephine glückselig sein würde, wenn sie sich entschließen könnte, Gräfin Frankenstein zu werden. Die Liebenswürdigkeit der Gräfin hatte sie vollständig für sie eingenommen.

Gegen Mittag kam von Heinz von Letzingen ein herrlicher Strauß tiefroter Rosen für Renate. Eine Karte lag dabei, auf der unter seinem Namen in steiler charakteristischer Handschrift drei Worte standen: „Jetzt will ich."

Dunkle Glut schoß in Renates Wangen.

Schnell verbarg sie die Karte, damit sie niemand zu sehen bekam. Dabei wußte sie nicht, ob sie lachen oder weinen sollte.

Einige Zeit verging für Renate ziemlich langweilig. Die ruhige, halb liegende, halb sitzende Stellung war ihr unbehaglich. Sie war zu sehr an Bewegung in frischer Luft gewöhnt und sehnte sich hinaus. Das Wetter war verlockend genug. Auf frostige Nächte und dichten Frühnebel folgten sonnige, fast warme Mittagsstunden. Man hatte den Diwan, auf dem sie fast den ganzen Tag ruhte, an das Fenster gerückt, damit Renate bequem hinaussehen konnte.

Ursula leistete ihr fast den ganzen Tag Gesellschaft. Auch Tante Josephine und der Kommerzienrat verbrachten alle freien Stunden neben ihrem Ruhelager. Endlich war aber der Fuß so weit wiederhergestellt, daß sie kurze Zeit aufstehen und, auf einen Stock gestützt, ein wenig umhergehen durfte. Und wann wurde ihr auch ein kurzer Spaziergang im Freien erlaubt.

Als sie das erstemal, auf Ursula und Tante Josephine gestützt, um das große Rosenrondell vor der Waldburg ging, kam gerade Heinz von Letzingen zu Pferde an. Sichtlich erfreut und lebhafter als sonst, begrüßte er die Damen.

„Ich freue mich sehr, daß Ihr Fuß seinen Dienst wieder aufnimmt, gnädiges Fräulein," sagte er zu Renate. Dabei sah er fest und bedeutungsvoll in ihre Augen. Sie wich jedoch seinem Blick aus. Plaudernd schloß er sich den Damen auf dem Rundgang an. Als Renate dann ermüdet war und die erste Stufe der breiten Freitreppe mühsam erstieg, trat er schnell an ihre Seite.

„Gestatten Sie, daß ich Sie hinaufträgt, gnädiges Fräulein. Sie werden sonst Ihren Fuß überanstrengen."

Renate wollte hastig abwehren, aber noch ehe sie dazu kam, hatte er sie schon zart und behutsam, wie ein Kind, emporgehoben.